



SDA-Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 18. Dezember 2023 (Vormittag)

Der Kantonsrat hat die Wahl der neunköpfigen Jugendhilfekommission für die Amtsperiode 2023 bis 2027 ohne anderen Antrag genehmigt ([5926](#)).

Der Kantonsrat hat ein Postulat zur Digitalisierung der Mittel- und Berufsschulen ohne anderen Antrag abgeschrieben ([5747](#)). Der Regierungsrat hatte in seinem Bericht dazu dargelegt, wie er den digitalen Wandel an den Mittel- und Berufsschulen fördert.

Der Kantonsrat hat ein Postulat zur Aufgabenverteilung in der Integrativen Förderung aufgrund des regierungsrätlichen Berichts ohne anderen Antrag abgeschrieben ([5769](#)).

Der Kantonsrat hat ohne anderen Antrag ein Postulat zur Förderung von Aufenthalten in anderssprachigen Regionen der Schweiz abgeschrieben ([5834](#)).

Der Kantonsrat hat ein Postulat zum Angebot für den Erwerb von Sprachzertifikaten an Gymnasien nach Vorliegen des Regierungsratsberichts ohne anderen Antrag abgeschrieben ([KR-Nr. 263/2019](#)).

Der Kantonsrat hat eine Interpellation zur Disziplinarordnung der Universität Zürich mit einer Diskussion der Antworten des Regierungsrates erledigt ([KR-Nr. 274/2020](#)).

Der Kantonsrat hat ein Postulat für die Prüfung einer kostenlosen Abgabe von Menstruationsartikeln an öffentlichen Schulen mit 86 zu 81 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt ([KR-Nr. 126/2021](#)).

Der Kantonsrat hat mit 105 zu 62 Stimmen ein Postulat abgelehnt, mit dem die Unterzeichnenden Unterstützungsmassnahmen für Berufsleute prüfen lassen wollten, die durch die Dekarbonisierung in ihrer beruflichen Existenz bedroht sind ([KR-Nr. 127/2021](#)).

Der Kantonsrat hat mit 155 zu 11 Stimmen ein Postulat zur flexibleren Einsetzbarkeit der Primarlehrpersonen überwiesen. Er verlangt damit innert zweier Jahre Auskunft vom Regierungs- und vom Bildungsrat darüber, wie die Studierenden der Pädagogischen Hochschule auf der Primarstufe für den Unterricht in allen Fächern ausgebildet werden können ([KR-Nr. 162/2021](#)).

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 18. Dezember 2023 (Nachmittag)

Der Kantonsrat hat zwei Nachtragskredite für 2023 oppositionslos gutgeheissen ([5933](#)). Damit bewilligte er 3,12 Millionen Franken zusätzliche Budgetmittel für Massnahmen für eine bessere Versorgung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie und 27 Millionen Franken in der Investitionsrechnung für Hochbauten.

Der Kantonsrat hat einen Beitrag von 3,5 Millionen Franken aus dem Gemeinnützigen Fonds an die Sicherheitsdirektion für die Fussball-EM der Frauen 2025 in der Schweiz ohne anderen Antrag genehmigt ([5915](#)). Von den Geldern gehen 2 Millionen Franken an die Stadt Zürich für das «Host-Town-Programm». Der Rest des Betrags fliesst in Projekte des Kantonalen Sportamts.

Der Kantonsrat hat ohne anderen Antrag sechs Millionen Franken aus dem Gemeinnützigen Fonds für die Stiftung Kinderhospiz Schweiz bewilligt ([5932](#)). Die Stiftung will mit einem Neubau in Fällanden das erste stationäre Kinderhospiz in der Schweiz errichten.

Der Kantonsrat hat mit 91 zu 79 Stimmen ein Postulat zu Flugreisen des Kantonspersonals abgeschrieben ([KR-Nr. 91/2019](#)). Er hat damit darauf verzichtet, eine abweichende Stellungnahme abzugeben, wie das eine Minderheit der vorberatenden Kommission gefordert hatte.

Der Kantonsrat hat mit 112 zu 51 Stimmen eine Motion überwiesen, mit der er verlangt, die Kündigungsfrist für Kader in der Kernverwaltung im 4. bis 9. Dienstjahr auf drei Monate festzusetzen ([KR-Nr. 29/2023](#)). Bisher gelten für höhere Lohnklassen sechs Monate. Jetzt muss der Regierungsrat innert zweier Jahre eine entsprechende Vorlage bringen.

Der Kantonsrat hat mit 106 zu 58 Stimmen ein Postulat überwiesen, mit dem eine Definition des Teuerungsausgleichs in der Personalverordnung verlangt, die auch die Lohnentwicklung in der Privatwirtschaft und die negative Teuerung vergangener Jahre berücksichtigt ([KR-Nr. 109/2023](#)). Der Regierungsrat muss nun innert zweier Jahre dazu Bericht erstatten.

Der Kantonsrat hat mit 119 zu 50 Stimmen ein Postulat für die Bildung einer finanzpolitischen Reserve überwiesen ([KR-Nr. 112/2023](#)). In diese Reserve sollen Ausschüttungen der Nationalbank fliessen und auch andere Erträge, die nicht mit dem staatlichen Handeln des Kantons in Zusammenhang stehen. Der Regierungsrat muss nun innert zweier Jahre Bericht erstatten.

(sda/fsi)